

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 184-2019
Vorstossart: Postulat
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.220

Eingereicht am: 15.07.2019

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Ja
Eingereicht von: SAK (Jost, Thun) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 207/2020 vom 04. März 2020
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Annahme**



Herausforderungen der demografischen Entwicklung im Kanton Bern

1. Der Regierungsrat wird beauftragt, einen Bericht mit einer direktionsübergreifenden Übersicht über die Herausforderungen der demografischen Entwicklungen zu erstellen. Er soll dabei darlegen, mit welchen konkreten Massnahmen den demografischen Auswirkungen frühzeitig begegnet werden soll.
2. Der Regierungsrat zeigt zudem auf, wie er die kantonalen statistischen Grundlagen mit Blick auf die strategischen Prozesse auf Regierungs- und Direktionsebene organisiert und einbezieht, und prüft Optimierungsmöglichkeiten.
3. Der Regierungsrat berücksichtigt die demografische Entwicklung bei der Erarbeitung der strategischen Planungen, insbesondere im Rahmen der Richtlinien der Regierungspolitik.

Begründung:

2018 waren über 20 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung im Kanton Bern über 65 Jahre alt. Der Kanton Bern gehört damit im schweizweiten Vergleich zu den Kantonen mit dem höchsten Anteil an über 65-Jährigen. Gemäss den Entwicklungsprognosen des Bundes und des Kantons ist davon auszugehen, dass dieser Anteil sowohl im Kanton Bern als auch in der übrigen Schweiz in den kommenden Jahren noch stark zunimmt. Gleichzeitig liegt der Anteil sowohl der

unter 20-Jährigen wie auch der unter 40-Jährigen im Kanton Bern unter dem landesweiten Durchschnitt.

Im Bericht «Alterspolitik im Kanton Bern 2016» hat der Regierungsrat aufgezeigt, wie er im gesundheits- und sozialpolitischen Bereich auf die steigende Zahl alter Menschen reagieren will. Auch hat er weitere Bereiche identifiziert, wo die Entwicklung Herausforderungen mit sich bringt, so etwa in der Raumplanung (Städte- und Siedlungsplanung) oder in der Arbeitswelt und Wirtschaft (Personalpolitik, Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen).

In einer Planungserklärung zu den Richtlinien der Regierungspolitik 2015-2018 forderte der Grosse Rat den Regierungsrat auf, künftig im Rahmen der Regierungsrichtlinien «unter Einbezug der demographischen Herausforderungen» längerfristige Überlegungen zur Entwicklung des Kantons anzustellen und vorzulegen (Planungserklärung vom 19.01.2015 betreffend «Visionen über die Legislatur hinaus»). In den aktuellen Richtlinien der Regierungspolitik 2019-2021 stellt der Regierungsrat denn auch solche längerfristigen Überlegungen an. Was hingegen die Herausforderungen der immer älter werdenden Gesellschaft betrifft, so finden diese in den strategischen Schwerpunkten und in konkreten Massnahmen keinen sichtbaren Niederschlag. Der Regierungsrat wird deshalb aufgefordert, directionsübergreifend aufzuzeigen, welche demografischen Herausforderungen sich stellen, und darzulegen, mit welchen Massnahmen er diesen Herausforderungen aktiv begegnen will. Der Regierungsrat legt dem Grossen Rat hierfür einen Bericht vor.

Bei der Berichtserstellung sollten bereits bestehende Berichte berücksichtigt werden und darauf aufbauend weitere politische Handlungsfelder analysiert und auf diese Weise eine Gesamtsicht geschaffen werden. Ebenso sollen die Rolle und die Perspektive der Gemeinden nicht vergessen gehen.

Es ist für sämtliche Direktionen und kantonalen Politikbereiche vonnöten, die sich verändernde Altersverteilung frühzeitig in die strategischen Überlegungen einzubeziehen und konkrete Schritte zu unternehmen. Zu berücksichtigen sind hierbei verstärkt auch die Rahmenbedingungen für die nachkommenden Generationen, die örtlich weniger gebunden sind als ihre Eltern und Grosseltern. Im Sinne eines Standortfaktors gilt es hier namentlich, für junge Lehr- und Studienabgängerinnen und -abgänger, für Berufstätige und für Familien mit Kindern attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, um sie längerfristig als Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Bern zu gewinnen.

Notwendige Basis für eine proaktive, vorausschauende Politik sind evidenzbasierte Entscheidungsprozesse. Es braucht daher nebst einer koordinierten und gezielten Erarbeitung der statistischen Grundlagen auch eine enge Anbindung der kantonalen Statistik an die strategischen Prozesse – nicht nur auf Ebene der Direktionen, sondern auch auf Ebene der Gesamtregierung. Mögliche Verbesserungen der Steuerung und des Einbezugs der kantonalen statistischen Aktivitäten sind daher zu prüfen.

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat teilt die Auffassung der SAK, dass der demografische Wandel eine der grossen Herausforderungen für die Gesellschaft und das Zusammenleben – auch für den Kanton Bern – darstellt. So erhöht eine alternde Gesellschaft den Druck auf die Gesundheitsversorgung und verstärkt den sich abzeichnenden Fachkräftemangel. Vor diesem Hintergrund hat sich der Regierungsrat im Rahmen der Richtlinien der Regierungspolitik 2019-2022 durchaus mit Fragen der demografischen Entwicklung auseinandergesetzt. So bestimmt Ziel 3, dass der Kanton Bern

den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch eine verstärkte und gezielte Integration von sozial Benachteiligten fördern soll. Dabei sind insbesondere die Herausforderungen der demografischen Entwicklung und der verstärkten Migration zu berücksichtigen. Als Entwicklungsschwerpunkt zum Ziel werden u.a. die Anforderungen im Bereich Pflege und Gesundheitsdienstleistungen angesprochen.

Vor dem Hintergrund der Chancen und Risiken, die der demografische Wandel der Gesellschaft mit sich bringt, verschliesst sich der Regierungsrat dem Anliegen der SAK nicht, sich vertiefter mit dem Megatrend und dessen Auswirkungen auf den Kanton Bern zu befassen. Die Erarbeitung eines entsprechenden Berichts, der directionsübergreifende Handlungsfelder beleuchtet (z.B. die Bereiche Gesundheit, Soziales, Infrastruktur, Raumplanung), kann als Grundlage für die Definition von Massnahmen und die Erarbeitung kommender Legislaturziele dienen.

Eine umfassende, directionsübergreifende Studie, die zudem zeitnah zur Verfügung stehen soll, wird nicht ohne externes Expertenwissen und Unterstützung zu erarbeiten sein. Wie in der Vorstossbegründung verlangt, soll dabei auf bestehenden Berichten aufgebaut werden. Ausserdem sollen bereits ergriffene Massnahmen aufgezeigt werden.

Statistische Grundlagen sind für die Politikgestaltung und -planung unverzichtbar. Der Regierungsrat ist daher ebenso bereit, unter Einbezug der kantonalen Statistikkonferenz und im Rahmen dieses Auftrags zu prüfen, welche statistischen Grundlagen genutzt werden, wie diese organisiert und bei der strategischen Planung miteinbezogen werden und wo gegebenenfalls Optimierungsbedarf besteht (Ziff. 2 des Postulats).

Den vorstehenden Erläuterungen ist zu entnehmen, dass der Regierungsrat mit den postulierten Forderungen der SAK einverstanden ist. Er beantragt deshalb Annahme des Postulats.

Verteiler

- Grosser Rat